



Forderungen zur Europawahl 2014

Als katholische Christen denken wir schon lange über nationale Grenzen hinaus. Die Idee und die Praxis eines kooperierenden und immer mehr zusammenwachsenden Europas passen zu dieser Haltung. Allerdings darf Europa, wiewohl es als Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat enger zusammenzuarbeiten, dabei nicht stehen bleiben, sondern muss zu einer Wertegemeinschaft werden, in der der Einzelne geschützt und gefördert wird und die Gemeinschaft verantwortlich ist für die gegenwärtige und für die kommenden Generationen. Daraus erwachsen konkrete Aufgabenstellungen für die neue Wahlperiode des Europäischen Parlamentes.

Migration und Integration

- **Menschenwürdige Flüchtlingspolitik**
Die EU muss eine gemeinsame Flüchtlingspolitik entwickeln und vollziehen, die einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen nicht von Nationalstaatsinteressen abhängig macht. Besonders schutzbedürftig sind Kinder und Jugendliche auf der Flucht. Den nordafrikanischen Ländern müssen Entwicklungsperspektiven geboten werden, auch mit Möglichkeiten für eine legale Arbeitsmigration.
- **Demokratische Kontrolle des europäischen Grenzschutzes**
Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, muss durch das Europäische Parlament demokratisch und effektiv kontrolliert werden. Ihr erstes Ziel muss der Schutz und die Wahrung der Menschenrechte sein.
- **Förderung der Städtepartnerschaften mit Osteuropa**
Für Städtepartnerschaften insbesondere mit Kommunen in Osteuropa ist zu werben. In diesem Rahmen sollen die Armutsmigration thematisiert und konkrete Projekte entwickelt werden.
- **Gemeinsame und menschenwürdige Lösung der Armutsmigration**
Die Herausforderungen der Armutsmigrantinnen und -migranten muss innerhalb der EU gemeinsam gelöst werden. Dies betrifft insbesondere auch von Verfolgung betroffene Bevölkerungsgruppen, wie Sinti und Roma, sowie Menschen, die unfreiwillig und zum finanziellen Nutzen anderer in die EU geschleust werden.
- **Bekämpfung der Fluchtursachen in Europa**
Fluchtursachen und ihre Wurzeln müssen auch in Europa und in Deutschland aufgedeckt und bekämpft werden.

Klima- und Energiepolitik

- **Von der Energiewende zum Energiekonsens**
Die deutsche Energiewende muss mit der europäischen Energiepolitik abgestimmt werden. Europaweit muss ein Konsens über einen europäischen Atomausstieg hergestellt werden und erneuerbare Energien Vorrang vor fossilen Energieträgern bekommen. Die Energiewende dient letztlich dem Klimaschutz.
- **Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gegen Klimaschutz ausspielen**
Die europäische Klima- und Energiepolitik muss auf Gerechtigkeit weltweit sowie eine nachhaltige Entwicklung abzielen und integraler Bestandteil der Wirtschafts- und Finanzpolitik sein. Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht gegen die Notwendigkeit des Klimaschutzes ausgespielt werden.

- **Klimapolitik**
Der europäische Emissionszertifikatehandel ist mit realistischen Preisen wiederzubeleben.
- **Nachhaltige Agrarpolitik**
Die europäische Agrarpolitik ist noch zu sehr einem alten Paradigma verhaftet, das langfristigen ökologischen Gesichtspunkten und Fragen der weltweiten Gerechtigkeit zu wenig Raum gibt und Landwirten keine Wahl lässt als „zu wachsen oder zu weichen“. Ziel der aktuellen Planungsperiode muss die Sicherung und Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft innerhalb Europas und in den Entwicklungsländern mithilfe einer integrierten Agrar-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik sein.

Finanzpolitik

- **Ökosoziale Marktwirtschaft statt neoliberaler Casinokapitalismus**
Die Finanzkrise berührt die elementaren Fragen nach dem Leitbild des Wohlstandes. Nicht die Fixierung auf maximale Wachstums- und Gewinnraten, sondern die umfassende Förderung von Gemeinwohl und Lebensqualität der beteiligten Akteure bei Minimierung des Ressourcenverbrauchs ist global zukunftsfähig. Finanztransaktionen sollen konsequent besteuert werden, um spekulative Transaktionen zu dämpfen – und zwar je spekulativer, kurzfristiger und riskanter desto höher (Finanztransaktionssteuer statt Bankenabgabe). Wenn dies global nicht durchsetzbar sein sollte, müsste die Europäische Union mit gutem Beispiel vorangehen. Die dadurch gewonnenen Mittel sollen zur Armutsbekämpfung weltweit eingesetzt werden.
- **Europa kann sich eine weitere Spaltung in Arm und Reich nicht leisten.**
Die Finanzwirtschaft hat gegenüber der Realwirtschaft eine dienende Funktion, die insbesondere durch den Casinokapitalismus in Frage gestellt wird.
- **Schädliche Nahrungsmittelspekulationen eindämmen**
Die Spekulation auf Nahrungsmittel und Boden muss so begrenzt und reguliert werden, dass sie zu einer Entschärfung von Versorgungskrisen oder von Hungerkatastrophen führen.

Außen- und Sicherheitspolitik

- **Frieden erhalten**
100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkrieges und bald 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges muss die Vermeidung von Krieg oberste Priorität haben. Mit heutigen Waffensystemen ist Krieg keine Lösung, sondern eine Katastrophe für die betroffenen Staaten.
- **Mit einer Stimme sprechen**
Außenpolitisch muss Europa eine höhere Einigkeit zeigen, um effektiv und nachhaltig einen Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dazu muss die Verantwortung des Europäischen Parlaments gestärkt werden, das noch mehr Kontrollfunktion über die europäischen Institutionen ausüben sollte.
- **Gemeinsame Außenpolitik führt auch zu einheitlicher Innenpolitik**
Innerhalb einer gemeinsamen Außengrenze, deren Schutz und Durchlässigkeit gemeinsam geregelt werden muss und nicht zu Lasten der Grenzländer alleine gehen darf, dürfen innenpolitische Entscheidungen nicht Partikularinteressen untergeordnet werden.
- **Das Freihandelsabkommen mit den USA transparent diskutieren**
Wirtschaftsinteressen sollen immer mit den grundlegenden Werten des biblisch-christlichen Menschenbildes in Einklang gebracht werden.

Vom Präsidium des Landeskomitees der Katholiken in Bayern am 10. April 2014 einstimmig verabschiedet.